

Harry Block  
Fritz-Erler-Str.11  
76133 Karlsruhe

Karlsruhe, den 21. März 2011

An  
EnBW AG  
Konzerngremien  
Durlacher Allee 93  
76131 Karlsruhe

Anträge an die Hauptversammlung am 19. April 2011 - Aktienhinterlegung s. Anlage

Sehr verehrte Damen und Herren,

ich bitte um die Ausstellung einer Einlassstimmkarte für die Hauptversammlung der EnBW am 19. April 2011.

Ferner bitte ich um die Aufnahme der folgenden Gegenanträge

Zu Top 3: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010

Der Vorstand wird nicht entlastet:

Seit der Planung des Atomkraftwerks Whyll (1975), verstärkt nach Tschernobyl (1986) haben wir kritischen Aktionäre den Vorstand gedrängt, die Ausrichtung der EnBW auf alternative Brückentechnologien wie Gas, dezentrale Kombi-Kraftwerke und vor allem auf regenerative Energieerzeugung umzusteuern. Fast nichts ist geschehen. Deshalb stellt sich heute - verstärkt durch die Atomkatastrophe in den Reaktoren von Fukushima - die Lage der EnBW strategisch verheerend dar. Die düsteren Aussichten für die EnBW sehen so aus: Zwangsweise Abschaltung alter und vielleicht auch neuerer Atomreaktoren. Investitionen in umweltschädliche Kohlekraftwerke anstatt in hochmoderne und genehmigte Gasturbinenkraftwerke (Karlsruher Gaskraftwerk 6s verliert seine Genehmigung 2015!). Die diesjährige Dividende ist nur noch durch den Verkauf eines Energieunternehmens gesichert. Der

Großkunde Daimler hat die ENBW verlassen und andere werden folgen. Die Investitionen werden bis 2013 um fast drei Milliarden Euro heruntergefahren. Die Stadtwerke haben kein Interesse an EnBW Aktien, weil sie eine andere Energiebereitstellung als die der EnBW wünschen. Die EnBW ist in ihrer Ausrichtung, Führung und Kapitalkraft nicht mehr zukunftsfähig. Dies ist die Schuld auch dieses Vorstandes in seiner Gesamtheit.

Ferner hat der Vorstand die Aktionäre bei der auch auf der letzten HV gelobten Zusammenarbeit mit der Edf belogen, sonst hätte nicht der für das Land ungünstige 'Notkauf' der Anteile der Edf so geschehen müssen.

Zu Top 4: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2010

Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet

Der Aufsichtsrat hat die falsche, sich für das Unternehmen nun als absolut negativ auswirkende Strombereitstellungspolitik und damit verbundene Unternehmensphilosophie maßgeblich mitgetragen. Er hat keinerlei Anstrengungen unternommen, den Kurs Eisberg der EnBW positiv zu beeinflussen. Er hat wie in den Vorjahren auf der ganzen Linie auch im vergangenen Geschäftsjahr versagt.

5. Beschlussfassung über die Billigung des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder

Die Vergütung des Vorstandes ist wieder gestiegen. Beispiel: Herr Villis verdiente 2010: 3 161 386 € (Vorjahr : 3 147 504 €) diese Spirale muss durchbrochen werden. Die Zusatzbedingungen bei vorzeitigem Ausscheiden, Krankheit oder Unfall sind viel zu hoch angesetzt. Die im Detail noch nicht vorliegende Neuregelung der erfolgsbezogenen oder erfolgsunabhängigen Vergütungen (Geschäftsbericht S. 243 ff) sind intransparent. Die Bundeskanzlerin Deutschlands verdient laut Spiegel rund 201 000 € pro Jahr. Herr Villis hat eine Grundvergütung von 850 000 Euro.

Antrag:

Jedes Vorstandsmitglied erhält eine Grundvergütung von 400 000 Euro jährlich. Der Vorstandsvorsitzende erhält 440 000 Euro. Variable Teile werden jedes Jahr erneut von der Hauptversammlung nach Vorschlag eines unabhängigen Sachverständigen festgelegt.

Jeder Aufsichtsrat erhält 30 000 Euro; der Vorsitzende 33 000 Euro pro Jahr.

Alle weiteren über die gesetzlich vorgeschriebenen Regelungen entfallen.

Freundliche Grüße



Anlage: 10 Stück Nr. 200009575